

Ortsgemeinde Becherbach
Ergänzungssatzung „Oberdorf“

SATZUNG

Aufgrund des § 2 Abs. 1 Satz 1 und der §§ 34 Abs. 4 Nr. 3 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der derzeit geltenden Fassung, und des § 88 der Landesbauordnung (LBauO) für Rheinland-Pfalz vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), in der derzeit geltenden Fassung, sowie des § 24 Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), in der derzeit geltenden Fassung, hat der Ortsgemeinderat Becherbach am 21.09.2023 in öffentlicher Sitzung die Ergänzungssatzung „Oberdorf“ beschlossen.

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Die ca. 0,42 ha große Fläche liegt am nördlichen Ortsausgang von Becherbach im Landkreis Bad Kreuznach. Nördlich und westlich grenzen Grünflächen an den Geltungsbereich an. Im Osten grenzt die Straße „Oberdorf“ und im Süden Wohngebäude an. Die Ergänzungssatzung umfasst die Flurstücke Nrn. 3894/1, 4307/7, 4307/8 und 3894/3 komplett.

§ 2

Bestandteile der Ergänzungssatzung

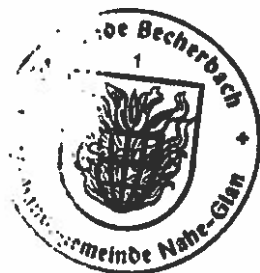
Bestandteil der Satzung sind die Planurkunde mit textlichen Festsetzungen und die Begründung.

§ 3

Inkrafttreten

Die Ergänzungssatzung tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung gemäß § 34 Abs. 6. S. 2 i. V. m. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Becherbach, 18. Dez. 2023




Manfred Denzer
Ortsbürgermeister

Hinweise

a) Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie des Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine zulässige Nutzung durch diese Ergänzungssatzung wird hingewiesen.

b) Ferner wird auf die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB hingewiesen:

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges

sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans bzw. der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind. § 215 Abs. 1 Satz 1 BauGB gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

c) Es wird auf § 24 Abs. 6 Gemeindeordnung hingewiesen:

„Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.“

Ausfertigungsvermerk:

Die Authentizität des Norminhalts und die Legalität des Verfahrens werden bestätigt.
Die vorstehende Satzung wird hiermit zur Veröffentlichung ausgefertigt.

Becherbach, 18. Dez. 2023

Manfred Denzer
Ortsbürgermeister

